

Antrag

der Abgeordneten Aygül Özkan, Barbara Ahrons, Marino Freistedt, Hjalmar Stemmann, Dittmar Lemke (CDU) und Fraktion

der Abgeordneten Michael Gwosdz, Linda Heitmann, Antje Möller, Christiane Blömeke, Horst Becker (GAL) und Fraktion

Betr.: Intensivierung der Berufsorientierung an der Stadtteilschule

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat im Jahr 2003 eine bundesweite Umfrage unter den Ausbildungsbetrieben zu den Schlussfolgerungen der Wirtschaft aus den damaligen Pisa-Ergebnissen durchgeführt. Vor dem Hintergrund der Veröffentlichung der Pisa-Untersuchung 2006 im Dezember 2007, hat die Handelskammer Hamburg diese Umfrage wiederholt. Insgesamt haben 279 Unternehmen aller Größenklassen und Branchen geantwortet. Die Ergebnisse zeigen, dass Hamburger Ausbildungsbetriebe die Qualifikationen von Schulabgängern für eine Lehrstelle leicht verbessert sehen. Gleichzeitig halten aber auch 86,7 Prozent der Unternehmen die Berufsorientierung, die Schüler derzeit bekommen, für nicht ausreichend. Da die Wahl des richtigen Berufs für jeden Schulabgänger eine Entscheidung mit sehr großer Tragweite ist, erscheint es notwendig, die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler zu intensivieren. Neben Wissensvermittlung muss praktische Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung ebenso angeboten werden. Bereits die Enquete-Kommission empfahl in ihrem Bericht: „Berufsorientierende und berufsvorbereitende Maßnahmen in der Sekundarstufe 1 sind auszubauen.“ Dieses Ziel wird auch im Rahmen der Einführung der Stadtteilschulen verfolgt, die eine bessere individuelle Förderung mit mehr Berufspraxis ermöglichen sollen. Auf diese Weise ist die Zahl der Jugendlichen, die sich im Anschluss an die schulische Laufbahn im Übergangssystem befinden, zu reduzieren.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

im Rahmen der Ausgestaltung der neuen Stadtteilschulen

1. folgende Maßnahmen zur Intensivierung der Berufsorientierung der Jugendlichen zu prüfen:
 - die Systematisierung bereits bestehender berufsorientierender und berufsvorbereitender Maßnahmen, mit dem Ziel, diese so zu strukturieren, dass allen Schülerinnen und Schülern ein verbindliches, erkennbares und transparentes Angebot gemacht werden kann.
 - die Durchführung der von der Enquete-Kommission empfohlenen Schwerpunktsetzung von Arbeits- und Berufsorientierung jeder Sekundarstufe I der Stadtteilschule.
 - die Einführung von Kompetenzfeststellung und Bestimmung individueller Fähigkeiten und Interessen der Schüler/-innen in Klasse 8 als Voraussetzung für die Berufsorientierung.

- die Umsetzung der Enquete-Kommissionsempfehlung, Praxislertage flächendeckend auszuweiten.
 - Kooperationen zwischen Stadtteilschulen und Berufsschulen.
 - eine stärkere freiwillige Unterstützung durch Unternehmen beim Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf (zum Beispiel durch eine Erweiterung von Schülerpraktika und Erkundungen in Unternehmen)
 - Angebote, mit Schülern Auswahlverfahren zu trainieren, die Lernorganisation in der dualen Berufsausbildung vorzustellen und Bewerbungstrainings durchzuführen.
 - stadtweites einheitliches Informationsmaterial für Eltern.
 - Einbezug des Themas in Elternabende der Klassen 8 und 9.
 - Fortbildung für Lehrkräfte (Unternehmenspraktikum).
 - Einbezug als verpflichtende Lehrinhalte an den Schulen.
2. weitere Maßnahmen zu erarbeiten, beispielsweise sollten zum Zweck einer integrierten Berufsorientierung alle am Übergangsmanagement Schule-Beruf Beteiligten wie Schulen, Eltern, Kammern, Träger, Verbände, Jugendhilfe, Arbeitsagentur und so weiter aktiv und dauerhaft mit eingebunden werden.
 3. der Bürgerschaft zu berichten.